Fabian Klose, „In the Cause of Humanity“. Eine Geschichte der humanitären Intervention im langen 19. Jahrhundert. (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. für Universalgeschichte, Bd. 256.) Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht 2019. 516 S., € 70,-. // DOI 10.1515/hzhz-2020-1486

Kerstin von Lingen, Wien

„Aus humanitären Gründen“ ist heute wohl eine der meistgenutzten politischen Floskeln. Die Thematik der humanitären Intervention, also das militärische Eingreifen eines Staates zur Hilfe von Menschen in einer humanitären Notlage und zur Verteidigung humanitärer Normen, rückte mit den UN-Interventionen in Somalia 1992 und Jugoslawien 1995 ins öffentliche Bewusstsein. Weiterentwickelt unter dem Schlagwort „Responsibility to Protect“ (R2P) wird diese Praxis immer wieder kontrovers diskutiert, etwa in Bezug auf die aktuelle Situation in Syrien. Es ist das Verdienst der Habilitationsschrift von Fabian Klose, die Genese des Konzepts im Längsschnitt seit dem 19. Jahrhundert in den Blick zu nehmen, und dadurch unseren Blick für dessen Ambivalenz zu schärfen. Zentral für die Arbeit ist die Fülle unedierter Quellen aus elf Archiven in England, Frankreich, Schweiz, Spanien, Österreich und den USA, wobei meist im Original zitiert wird.

Die Studie ist in drei große Teile unterteilt, die sich zunächst mit Humanitarismus im Zeichen der Internationalisierung befassen, sodann auf den Kampf gegen den transatlantischen Sklavenhandel und die Entstehung eines humanitären Interventionsverständnisses fokussieren, und zuletzt die Verfestigung der humanitären Intervention als imperiale und koloniale Praxis thematisieren. Hier, im letzten Teil, findet man die sehr lesenswerten Unterkapitel zum Osmanischen Reich und zu Kuba, die den Ergebnissen eine globalhistorische Dimension und Tiefenschärfe verleihen und besonders gelungen sind. Ein kurzer Abriss der Geschichte der humanitären Interventionen und ihrer Begründungen im 20. und 21. Jahrhundert rundet das Buch ab.

Rein seitenzahlmäßig steht die Abolition, der Kampf um die Abschaffung des transatlantischen Sklavenhandels (nicht der Sklaverei an sich) im Mittelpunkt. Hier bereits wurde das Vokabular des Interventionismus in Stellung gebracht: „humanity“ und „civilization“ sind die zentralen Begriffe, die sich aus der Gedankenwelt der Aufklärung und christlich-evangelikalen Weltbildern speiste und auf politische Entscheidungsprozesse wirkte. Ausgehend vom britischen Abolition Act im Jahr 1807 kann Klose detailreich belegen, dass ein neues Interventionsverständnis entstand, das auf den militärischen Schutz einer international vereinbarten humanitären Norm zielte. Die unter Führung Großbritanniens auf internationaler Ebene hierzu initiierten Implementierungsmaßnahmen bestanden wiederum aus einer Kombination militärischer und juristischer Maßnahmen, die nur im Verbund ihre volle Wirkungskraft entfalten konnten.

Die Studie vertritt die These, dass die Entstehungsgeschichten der humanitären Intervention und der internationalen Gerichtsbarkeit signifikant miteinander verflochten sind. Der Kernsatz, der die Ambivalenz und Hypokrisie bis heute unterstreicht, steht auf S. 301: Die Verbindung zwischen politischen Interessen, etwa der Stützung einer Unabhängigkeitsbewegung, und humanitären Anliegen wurde zum Motor des Interventionismus. Gab es keine politischen Interessen an einem Fall von Menschenrechtsverletzung, blieb auch die Intervention aus.

Gerade anhand der Intervention für die Griechen, die Syrer, den Libanon sowie Bulgarien (aber nicht für die Armenier 1894/96) kann Klose zeigen, wie Interessenkonflikte der Großmächte die Interventionen bestimmten und mit dem Schutz christlicher Minderheiten verknüpft wurden. „Gräuelberichte“ dienten gezielt der Mobilisierung der Öffentlichkeit, wobei z. B. durch Griechenland an Türken verübte Massaker einfach ausgeblendet blieben.

Noch weniger bekannt dürfte die Interessenlage im Krieg der USA mit Spanien auf Kuba (1898) sein. Der Kolonialkonflikt des Mutterlands Spanien um seine Kolonie Kuba, erkennbar in der gewaltsamen Unterdrückung der Unabhängigkeitsbewegung und Internierung ganzer Landstriche in Lagern unter katastrophalen Bedingungen, lieferte den USA den Grund zur Intervention – freilich, ohne eigene Praktiken mit gleichem Maß zu messen (gerade auf den Philippinen verhielten sich die USA nach Abzug der Spanier zur Herrschaftssicherung identisch).

Klose deckt in seinem wunderbar lesbaren Buch vier Kontinente über den Zeitraum des langen 19. Jahrhunderts ab, und stellt durch Aktenfunde belegt globale Bezüge her. Vom Verbot des Sklavenhandels über die mannigfaltige Interventionspra-

xis in die Belange des Osmanischen Reiches bis hin zu kolonialer Interventionspolitik insbesondere der USA reicht sein Blick. Gerade die Verflechtung von Ideen- mit Politikgeschichte machen den Reiz der Arbeit aus. Dem Buch ist eine baldige Übersetzung zu wünschen, um weitere Studien anzustoßen.

Philipp Müller, Geschichte machen. Historisches Forschen und die Politik der Archive. Göttingen, Wallstein 2019. 517 S., € 44,90. // DOI 10.1515/hzhz-2020-1487

Tom Tölle, Hamburg

Staatliche Archive, so eine gängige These, verloren spätestens im 19. Jahrhundert ihre Rolle als Schatzkammern von Rechtstiteln. Sie wandelten sich stattdessen zu Orten historischen Forschens unter nationalen Vorzeichen. Die Zäsuren, die dieser These zugrunde liegen, dürfen zumindest für die Nachfolgestaaten des Alten Reiches nun als verabschiedet gelten. Mit seiner beeindruckenden Habilitationsschrift setzt Philipp Müller eine dynamische und komplexe Archivgeschichte des 19. Jahrhunderts an die Stelle etablierter Zäsurannahmen.

Anhand einer Fülle von Quellen aus preußischen und bayerischen Archivkorrespondenzen arbeitet Müller gegen die bisherige Auffassung drei zentrale Argumente heraus: Erstens, dass der Arkancharakter von Archiven als Schatzkammern mit der Jahrhundertwende nicht verschwand. Die Nutzung von Archivgut für Territorialdispute, Verwaltungspraxis und (private) Eigentumsfragen blieb quantitativ viel wichtiger als die historische Nutzung. Historiker mussten sich zweitens gegenüber diesen rechtlichen Nutzungsformen kommunikativ behaupten. Forscher wurden damit zu Supplikanten, deren Anliegen Archivare und ihre Dienstherren intern diskutierten, einschätzten, per Gnadenakt gestatteten oder eben ablehnten. Drittens vollzogen sich Prozesse – die Verkürzung der politischen Gegenwart, die Abschaffung der Zensur sowie Archivarbeiten durch eine exklusive Gruppe –, die den Wunsch nach einer Öffnung der Archive im Lauf des Jahrhunderts dennoch vorantrieben.

Ein erster Teil entfaltet das arkanpolitische Gepräge der Archive. Bezüglich der Reformbemühungen nach 1800 kommt Müller zu dem Ergebnis, dass sowohl in Bayern als auch in Preußen frühneuzeitliche Imperative für Archive mehr oder weniger handlungsleitend blieben. In Konsequenz motivierten traditionelle staatliche